

## Münsters Archive präsentieren sich zum Tag der Archive 2008

Münsters Archive, sprich das Bistumsarchiv, das Landesarchiv NRW Staatsarchiv Münster sowie seit Bestehen auch das Technische Zentrum, das Stadtarchiv, das Universitätsarchiv und das LWL-Archivamt haben von 1999 an, als der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) zum ersten Mal den Tag der Archive organisiert hat, bei der Vorbereitung des Veranstaltungs-

lich ein Archiv zu öffnen, in dem sich auch die anderen Häuser mit Informationen präsentieren. Im zweijährigen Turnus des Tages der Archive soll, so sich das Konzept bewährt, ein anderes Archiv Gastgeber sein. Der Vorschlag wurde durchaus kontrovers diskutiert. Allerdings überzeugte der Vorteil, dass Münsters Archive bei diesem Konzept gemeinsam an einem Ort für alle Fragen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, was insbesondere für Interessierte ohne Archiverfahrung sehr wertvoll ist, da sich gerade diesem

für Westfalen zum »Aufbau West« wurde vorgeführt. Stündlich bestand die Möglichkeit, an Hausführungen inklusive Restaurierungswerkstatt teilzunehmen. Gleichzeitig wurden Termine bekannt gegeben, zu denen zeitnah die übrigen Archive besichtigt werden können. Und natürlich gab es auch ein besonderes Programm für Kinder, u. a. ein Archivquiz für die etwas größeren und Malen für die kleineren. Als Gäste standen Ansprechpartner der Westfälischen Gesellschaft für Genealogie und Familienforschung zur Verfügung.



Fotos: Peter Fröhlich, LAV NRW Staatsarchiv, Münster

tages zusammengearbeitet. Schwerpunktmäßig bestand die Zusammenarbeit in der Konzipierung von Werbematerial für den Tag sowie in der Durchführung einer gemeinsamen Pressekonferenz. Die Ausgestaltung des Tages der offenen Tür lag ansonsten in der Hand eines jeden Archivs. Alle Häuser hatten zur selben Zeit geöffnet und präsentierten ihr individuelles Programm.

Dank der Tages der Archive intensivierte sich im Laufe der Jahre die Zusammenarbeit der Archive, so dass zum Tag der offenen Tür 2006 erstmals auch ein gemeinsamer Archivführer präsentiert werden konnte.

Nachdem 2006 die Besucherzahl wohl auch wetterbedingt drastisch gesunken war, aber dennoch der Wunsch bestand, weiterhin am Tag der Archive teilzunehmen, wurde intensiv nach einer neuen Konzeption gesucht. Das Ziel sollte sein, mit einem für alle Häuser tragbaren Aufwand ein möglichst breitgefächertes Publikum anzusprechen. So entstand die Idee, ledig-

Personenkreis die Zuständigkeit der einzelnen Archive nicht ohne weiteres erschließt. Als gastgebendes Archiv einigte sich der Arbeitskreis von Münsters Archiven auf das LWL-Archivamt. Ein breitgefächertes Programm wurde erstellt und per Flyer in der Stadt verteilt.

Am 2. März 2008, in der Zeit von 13 bis 18 Uhr, waren dann die oben genannten Archive mit zwei Stellwänden – eine mit Informationen zum Archiv und seinen Beständen, die zweite mit Quellen zum Motto »Heimat und Fremde« – sowie teilweise mit einer Auswahl von Archivalien zum Thema im LWL-Archivamt vertreten. Zum Rahmenthema »Heimat und Fremde« wurden drei Kurzvorträge angeboten, u. a. auch ein Vortrag des Dezernenten für Migration und interkulturelle Angelegenheiten der Stadt Münster zu migrationspolitischen Entwicklungen in Münster, um zu verdeutlichen, dass auch aktuelle Tagespolitik etwas mit Archiven zu tun hat. Eine Filmproduktion des LWL-Medienzentrums

Das neue Konzept wurde bestens angenommen – rund 350 Besucherinnen und Besucher kamen in nur fünf Stunden ins Archivamt. Von der Möglichkeit, am Tag der Archive Besucherinnen und Besucher mit bestimmten Fragestellungen an andere Archive »weiterreichen« zu können, wurde vielfach Gebrauch gemacht. Zudem stellte sich aufgrund von Nachfragen heraus, dass sich die Besucherinnen und Besucher im Vorfeld intensiv mit dem gedruckten Programm auseinander gesetzt hatten. So wurde z. B. gezielt nach bestimmten Vorträgen, nach einer Hausführung, nach Hilfestellungen zu familiengeschichtlicher Forschung gefragt. Familienforscher sind nach wie vor eine wichtige Zielgruppe für Archive. Dies wurde auch noch einmal anhand der Presseberichterstattung, sowohl im Vorfeld als auch im nachhinein, deutlich.

Bleibt zu hoffen, dass der Tag der Archive über den eigentlichen Tag hinaus eine Wirkung zeigt und neue Nutzerinnen und Nutzer den Weg in

die Archive finden. Münsters Archive werden das erfolgreich eingeführte Konzept fortführen und zum Tag der Archive 2010 alle Interessierten in ein anderes Archiv einladen.

Tie

### Tagungsbericht zum BKK-Fortbildungsseminar 2007 in Magdeburg

Das 16. Fortbildungsseminar 2007 der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag (BKK) fand vom 12. bis 14. November 2007 in Magdeburg in Räumlichkeiten der dortigen Stadtsparkasse statt. Das vom BKK-Unterausschuss für Aus- und Fortbildung konzipierte Thema lautete *Neue Anforderungen an die archivarische Vorfelddarstellung – analoge und elektronische Unterlagen aus amtlichen und nichtamtlichen Registriaturen*. Allein die Teilnehmerzahl von über 100 Personen, die aus allen Teilen der Bundesrepublik angereist waren, darf als Beleg dafür gewertet werden, dass die Organisatoren mit der Wahl des Themas und des Tagungsortes das richtige Gefühl hatten.

Die Begrüßung der Teilnehmenden erfolgte durch Horst Eckert, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Magdeburg, der einen Bogen von der Gründung der Sparkasse im Jahre 1823 bis zur aktuellen Digitalisierung von Bankunterlagen schlug und sich damit mitten im Thema bewegte.

Die Eröffnung der Tagung nahm Dr. Ernst Otto Bräunche (Vorsitzender der BKK) zum Anlass, um sich bei dem in der ersten Jahreshälfte 2008 aus dem Amt scheidenden Prof. Dr. Reimann herzlich für dessen langjährige engagierte und erfolgreiche Arbeit in der BKK und als Vorsitzender des BKK-Unterausschusses Aus- und Fortbildung zu bedanken. Ein Grußwort der Stadt Magdeburg überbrachte deren Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport, Dr. Rüdiger Koch. Darin betonte er insbesondere auch den hohen Stellenwert, den das Tagungsthema gerade im Bereich der Dokumentenmanagement-Systeme und deren Folgewirkungen gegenwärtig für die Verwaltungen hat.

Den fachlichen Einstieg in die Fortbildungstagung übernahm

Dr. Jochen Rath vom Stadtarchiv Bielefeld, dessen Einführungsvortrag mit dem Titel *Records Management: Neues Berufsbild oder Berufsfeld – und für wen?* überschrieben war. Bisherige Defizite in der vorarchivischen Registraturpflege wurden dabei ebenso behandelt wie die Frage nach der zukünftigen Ausrichtung des Berufsbildes hinsichtlich der Anforderungen an die Archive auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie. Rath plädierte eindringlich dafür, das Arbeitsfeld Records Management verstärkt als archivarische Kernaufgabe wahrzunehmen und entsprechende Arbeitsschwerpunkte zu setzen.

Die erste Arbeitssitzung, moderiert von Dr. Karten Uhde (Archivschule Marburg), widmete sich der archivarischen Vorfelddarstellung im amtlichen Bereich. Petra Rauschenbach vom Bundesarchiv in Berlin stellte darin *Normen und Standards im Bereich Records Management* vor. ISO-Norm 15489, DOMEA, SAGA, MoReq1/Moreq2, DOD 5015.2, ISAD(G) und ISAAR waren die anfänglich kryptisch anmutenden Bezugsgrößen, deren Relevanz im Laufe des Beitrags aber schnell ersichtlich wurde. Diesen grundlegenden Ausführungen folgten zwei Praxisbeispiele. Die bereits im Eröffnungsvortrag skizzierten Unzulänglichkeiten bei der Schriftgutverwaltung haben in der Stadtverwaltung Hannover dazu geführt, aktuell eine Projektstelle beim Stadtarchiv einzurichten, die mit einer Verwaltungskraft besetzt ist und sich mit der Verbesserung des Status quo befasst. Unter dem Titel *Aktenpläne, Aktenverzeichnisse, Fristenüberwachung – Projekte des Stadtarchivs Hannover zur Revitalisierung und Weiterentwicklung der (konventionellen) Schriftgutverwaltung* gewährte Dirk Resch einen Einblick in den bisherigen Projektverlauf. Über längere Erfahrungen mit den Unwägbarkeiten der Schriftgutverwaltung verfügte die Leiterin des Archivverbundes Bautzen, Grit Richter-Laugwitz. Aus ihrem Beitrag *Der lange Weg zur Akzeptanz: Vom Verwaltungsarchiv zur Zentralregistrierung – ein Erfahrungsbericht aus 15jähriger Tätigkeit* wurde ersichtlich, dass sich langfristige Planung, Beharrlichkeit und Engagement letzten Endes auszahlen und zu einer positiven Ausgestaltung des Arbeitsfeldes Records Management führen können.

Den abschließenden Vortrag der ersten Arbeitssitzung hielt Dr. Michael Scholz von der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam über *Archive und die ›Flucht ins Privatrecht‹ – kommunale Unternehmensformen und archivarische Zuständigkeit*. Er beschrieb die möglichen Rechtsformen kommunaler Betriebe vom Regiebetrieb bis zur Aktiengesellschaft und erläuterte, für welche dieser Betriebe eine Anbietungspflicht an das Kommunalarchiv besteht.

*Von der analogen zur elektronischen Akte – Archivischer Umgang mit einem Medienbruch* war die zweite Arbeitssitzung am 13. November überschrieben, deren Moderation in den Händen von Dr. Robert Zink vom Stadtarchiv Bamberg lag. Einen umfassenden und allgemeinen Überblick zu dem Themenfeld der elektronischen Archivierung bot Dr. Andrea Wettmann vom Staatsarchiv Dresden in ihrem Beitrag über *Langzeitspeicherung und elektronische Archivierung – Anforderungen und Lösungsansätze*. Ihre klar strukturierten Ausführungen verdeutlichten den Tagungsteilnehmern, dass es keine elektronische Archivierung von der Stange, keine Komplettlösungen gibt. In der Konsequenz muss sich jedes Archiv mit der jeweiligen Situation vor Ort auseinandersetzen und zu eigenständigen Lösungen kommen. Obwohl hierbei nicht nur in Einzelfällen durchaus eine Hemmschwelle seitens der Archive zu beobachten ist, wäre eine daraus resultierende Abwartetaktik der größte Fehler, da ein solches Verhalten zu massiven Überlieferungsverlusten führen wird. Wie bereits Rauschenbach am Vortrag betonte auch Wettmann die große Bedeutung von Standards wie DOMEA, Moreq2 etc. und verdeutlichte, dass elektronische Archivierung ohne Standardisierung nicht möglich ist. Der generalisierende Beitrag war flankiert von zwei Werkstattberichten, die aufzeigten, wie Archive strategisch und operativ den Umstieg von der konventionellen Papierwelt auf die elektronische Datenwelt bewältigen können. Dr. Maren Ballerstedt, Stadtarchiv Magdeburg, skizzierte unter dem Vortragstitel *Projekt Langzeitarchivierung in der Landeshauptstadt Magdeburg – ein Werkstattbericht* die Situation im Stadt-

archiv Magdeburg, das sich seit relativ kurzer Zeit mit der Thematik auseinandersetzt und derzeit mit Erfolg die in der Stadtverwaltung beteiligten Dienststellen aber darüber hinaus auch den politischen Raum für das Thema sensibilisiert. Zudem verwies Ballerstedt auf die Bedeutung des interkommunalarchivischen Informationsaustausches. Einige Schritte weiter ist bereits das Stadtarchiv Stuttgart, dessen Vertreterin Dr. Katharina Ernst im Beitrag über *Erste Schritte auf dem Weg zur Langzeitarchivierung – ein Werkstattbericht* auf die große Vielfalt bereits existierender Fachverfahren und Datenbanken in der Verwaltung einging und auf die Gefährdung digitaler Daten sowie bereits erfolgte Datenverluste hinwies. Ernst schilderte die technische Umsetzung von Datenübernahmen aus den Verwaltungen in das Archiv und die damit verbundenen Schwierigkeiten und verdeutlichte dabei auch die Sinnhaftigkeit der Einbindung externer Berater. Als grundsätzliche Strategie zur Langzeitsicherung der Daten benannte sie die Migration, da die in früheren Jahren diskutierten Strategien einer Langzeitsicherung wie Speicherung von Daten auf Mikrofilm oder Emulation mittlerweile von der technischen Entwicklung in der Regel überholt sind. Lediglich in Ausnahmefällen, wie beispielsweise bei Plakaten, sei eine Informationssicherung auf Mikrofilm denkbar.

Neben diesen drei Beiträgen, die sich mit der Archivierung elektronischer Daten auseinandersetzen, gewährte Dr. Harald Stockert vom Stadtarchiv Mannheim in seinem Referat über *Vorgänge aus Bits und Bytes: Arbeiten mit einem Dokumentenmanagement-System in der Praxis* einen ebenfalls praxisbezogenen und detaillierten Einblick in die Umstellung von einer klassischen Aktenführung und -verwaltung auf ein Dokumentenmanagement-System am Beispiel der Aktenregistratur des Stadtarchivs Mannheim als kommunaler Dienststelle. Stockert ging dabei auf die Grundzüge eines Vorgangsbearbeitungssystems, auf Vorgangsprotokollierung und Revisionsicherheit, auf Recherchierbarkeit sowie den internen Datenschutz ein. Bestätigt wurde nochmals die Einsicht, dass eine Schriftgutverwaltung bereits im konventionellen Rahmen funktionieren muss, weil ansonsten

eine reibungslose Einführung von Dokumentenmanagement-Systemen nicht möglich ist. Stockert wies in diesem Kontext auch auf das Empfehlungspapier der BKK zur Einführung von Dokumentenmanagement- bzw. Vorgangsbearbeitungssystemen hin, dass auf der Homepage der BKK abrufbar ist ([www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de](http://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de)).

Am Nachmittag bestand Gelegenheit zur Besichtigung der Außenstelle Magdeburg der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Deren Leiter Jörg Stoye stellte Arbeit und Quellen der Einrichtung vor, die Schriftgut und Karteikarten der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg und deren achtzehn Kreisdienststellen verwahrt. Der Tag klang abschließend mit einem gemeinsamen Abendessen im Rathauskeller aus.

Die dritte Arbeitssitzung am 14. November hatte die archivische Vorfeldarbeit im nichtamtlichen Bereich zum Thema. Moderiert wurde sie von Prof. Dr. Norbert Reimann (LWL-Archivamt für Westfalen). *Der archivarische Umgang mit Personalvertretungen als Überlieferungsbildner* von Hans-Jürgen Höötman, ebenfalls LWL-Archivamt für Westfalen, lautete der erste Beitrag, der sich mit einem Sonderfall archivischer Überlieferungsbildung im nichtamtlichen Bereich auseinandersetzte. Schwerpunkte bildeten dabei der Rechtsstatus der Personalräte, die Archivwürdigkeit der Überlieferung und die Besonderheiten bei der Überlieferungsbildung. In den Folgebeiträgen wurden anschließend umfassendere Themenbereiche behandelt. *Überlegungen zur Überlieferungsbildung im Bereich privater Nachlässe* von Dr. Antje Bauer (Stadtarchiv Erfurt), *Überlieferung von Wirtschaftsbetrieben in den ostdeutschen Bundesländern am Beispiel des Stadtarchivs Kamenz* von Thomas Binder (Stadtarchiv Kamenz) und *Archivarische Vorfeldarbeit bei Vereinen und Verbänden in Dresden* von Thomas Kübler (Stadtarchiv Dresden) lauteten die Titel der drei Referate. Allen war die Grundaussage gemein, dass archivische Einflussnahme auf die Registraturbildner im nichtamtlichen Bereich schwieriger zu realisieren ist als im amtlichen Umfeld und die klassischen Hilfsmittel des Records Management nur bedingt einsetzbar

sind. Insbesondere Kübler wies auf die Bedeutung personeller Kontinuität bei der Betreuung der Vereine und Verbände hin. Einhellig wurde in der Arbeitssitzung auch die Meinung vertreten, dass die Außerdarstellung des Archivs, die öffentliche Wahrnehmung archivischer Kompetenz ein entscheidendes Kriterium für die Bereitschaft nichtamtlicher Registraturbildner zur Deponierung von Archivgut im Archiv ist und dessen Akzeptanz maßgeblich prägt.

Die Beiträge des Fortbildungsseminars werden im nächsten Jahr gemeinsam mit den Beiträgen des vorangegangenen Fuldaer Fortbildungsseminars in der Reihe Texte und Untersuchungen zur Archivpflege des LWL-Archivamtes für Westfalen veröffentlicht.

Hans-Jürgen Höötman

## 12. Treffen des Ausbilderarbeitskreises »Fachgestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv«

Am 18. Oktober 2007 tagte zum zwölften Mal der Ausbilderarbeitskreis beim LWL-Archivamt für Westfalen. Dieser Arbeitskreis, der die Ausbildungsarchive in Nordrhein-Westfalen umfasst und dessen Treffen alternierend vom Rheinischen Archiv- und Museumsamt und dem LWL-Archivamt organisiert werden, tagte ursprünglich nach der Neueinführung des Ausbildungsberufes zweimal jährlich. Mittlerweile hat sich ein einjähriger Tagungsrythmus etabliert, wobei im vergangenen Jahr auf ein Treffen verzichtet worden ist, weil im Vorfeld kein aktueller Bedarf für eine Zusammenkunft gesehen wurde. Der gute Besuch des diesjährigen Treffens mit 21 Teilnehmern zeigt indes, dass offensichtlich durchaus eine Plattform zum kontinuierlichen Informationsaustausch gewünscht wird. Der Arbeitskreis versteht sich seit seiner Begründung im Sommer 1999 als ein loser Zusammenschluss, um Probleme und Erfahrungen im Ausbildungsbereich der Fachgestellten zu diskutieren und aktuelle Entwicklungen zu verfolgen. Die Tagesordnungspunkte sind im Laufe der Jahre relativ stabil geblieben. Dass in den ersten Sitzungen die Diskussion um die Erstellung von Prüfungsaufgaben stets ein

aktuelles Thema war und momentan keine Rolle spielt, dafür aber zwischenzeitlich die Frage der Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Diskussionsstoff sorgt, dokumentiert aber auch deutlich eine stete Entwicklung des jungen Berufsbildes. Auf der diesjährigen Tagesordnung stand zunächst die Ausbildungs- und Stellensituation im Archivbereich, die nach wie vor kritisch zu sehen ist. Die Gesamtzahl der Ausbildungsverhältnisse in Nordrhein-Westfalen liegt derzeit bei 39 und verteilt sich relativ ausgewogen auf die drei Ausbildungsjahrgänge. Leider steht diesen Ausbildungsverhältnissen kein adäquates Stellenpotential gegenüber. Kontrovers und ohne Ergebnis wurde die Frage diskutiert, ob trotz der unbefriedigenden Stellensituation verstärkt die Einrichtung von Ausbildungsstellen betrieben werden sollte. Des Weiteren befasste man sich mit dem Stand der Fortbildungsdiskussion und der Frage nach den Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Für den Archivbereich gibt es hier bislang keine befriedigenden Lösungsansätze. Die aus archivischer und ebenso bibliothekarischer Sicht als unzulänglich angesehene Rahmenprüfungsordnung für die Fortbildungsprüfung zum Fachwirt für Informationsdienst ist von den Verhandlungspartnern Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) verabschiedet worden. Inzwischen liegt auch das Curriculum dieses Berufes in veröffentlichter Form vor: »Geprüfter Fachwirt/ Geprüfte Fachwirtin für Informationsdienste (IHK). Handlungsspezifische Qualifikationen. Rahmenplan mit Lernzielen«, hg. vom DIHK, Berlin 2007. Dieser Rahmenlehrplan bestätigt die bisherige Kritik, dass der Fachwirt nicht den Anforderungen der archivischen Praxis entspricht. Es folgten Informationen aus dem ehemaligen Arbeitskreis Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste im Verein deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. (VdA), der mittlerweile in den 2006 gegründeten VdA-Arbeitskreis Berufsbild übergeleitet worden ist. Da sowohl Dr. Angela Keller-Kühne als bisherige Vorsitzende des FAMI-Arbeitskreises als auch Harry Scholz als ihr Vertreter Mitglieder im neuen Arbeitskreis Berufsbild sind, ist da-

von auszugehen, dass die Belange des Ausbildungsberufes Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste auch weiterhin kompetent im VdA vertreten werden. Als letzter Tagesordnungspunkt wurde auf einen von der zuständigen Stelle aktualisierten Muster-Ausbildungsplan für die Fachrichtung Archiv hingewiesen, der jedoch keine gravierenden Änderungen gegenüber dem ersten Muster-Ausbildungsplan aus dem Jahre 1998 aufweist.

Das nächste Treffen wird voraussichtlich im Herbst 2008 in Köln stattfinden. Neben den Archiven, die bereits ausbilden und deren Vertreter damit automatisch eingeladen werden, sind aber auch die Kolleginnen und Kollegen herzlich zu dem Treffen eingeladen, die absehbar Ausbildungsplätze einrichten möchten. Interessenten sollten sich vorab mit Hans-Jürgen Höotmann (0251/591-3401) in Verbindung setzen.

Hö

### Das Gutsarchiv Willebadessen

Im LWL-Archivamt für Westfalen wurde unlängst der Bestand »Gut Willebadessen« verzeichnet. Er besteht aus insgesamt 949 Verzeichnungseinheiten, verteilt auf 108 Archivkartons, mit Ausnahme von 56 Verzeichnungseinheiten, die Überformat besitzen. Die Aktennummern 181, 918 und 937 sind nicht vergeben. Der Bestand umfasst die Zeitspanne von 1810 bis in die 1970er Jahre.

Das Gut Willebadessen ist ein ehemaliges Kloster aus dem 12. Jahrhundert und wurde mit der Aufhebung im Jahre 1810 ein westfälischer Adelssitz. Zunächst befand sich Gut Willebadessen im Besitz der Familie von Spiegel zu Peckelsheim, spätere Besitzer waren seit 1839 der Unternehmer Theodor Ulrich (1790–1871) und nach dessen Tode seine Tochter Elisabeth. Diese heiratete im Jahre 1857 den königlich preußischen Oberförster Joseph Freiherr von Wrede, dessen Familie bis 1980 in den alten klösterlichen Mauern lebte. Aufgrund der zunehmenden Kosten für die Instandhaltung und Finanzierung der Gebäude verkaufte Diethard Freiherr von Wrede selbige an die Stiftung Europäischer Skulpturenpark e. V. und verpachtete die umliegenden Anlagen

an die Stadt Willebadessen, die daraus ihren Kurpark gestaltet.

Der vorliegende Bestand besteht zum überwiegenden Teil aus Unterlagen zur Gutsverwaltung Willebadessen und Schönthal bei Kleinenberg. (Jahres-)Rechnungen für die Land- und Forstwirtschaft nebst Rechnungsbelegen machen einen Großteil des Bestandes aus, auch zum Bereich Personalwesen (Verzeichnisse von Angestellten und Arbeitern) ist vieles zu finden. Zudem gibt es Unterlagen zu Grundstücksangelegenheiten, Verpachtungen und Verkäufen, Rechtsstreitigkeiten, Jagdangelegenheiten, Familiensachen von Wrede, Vereinsangelegenheiten. Außerdem sind Privat- und Geschäftskorrespondenzen ebenso Teil des Bestandes wie, – vor allem ab etwa 1900 –, Unterlagen zu (Sozial-)Versicherungsangelegenheiten.

Aufgrund seiner Vollständigkeit, vor allem im Bereich Rechnungswesen, lässt sich anhand des Bestandes die Entwicklung des Gutes Willebadessen für das 19. und 20. Jahrhundert sehr gut nachvollziehen.

Das Findbuch ist in [www.archive.nrw.de](http://www.archive.nrw.de) mittlerweile online einsehbar.

Markus Fugger

### Nachlass Landrat Thomées endlich verzeichnet

Der Nachlass des ehemaligen Landrates des Kreises Altena, Dr. Fritz Thomée (1862–1944), wurde 1982 auf Initiative des damaligen Archivdirektors Dr. Rolf Dieter Kohl in die Obhut des Kreisarchivs des Märkischen Kreises überführt. Wenn gleich auch zwei viel beachtete Ausstellungen zur Person Thomées in den Jahren 1986 und 1994 aus seinem umfangreichen Nachlass bestückt wurden, erfolgte keine Verzeichnung, sondern lediglich eine partielle, auf die Bedürfnisse der Präsentation abgestimmte, grobe Vorsortierung.

2009 jährt sich zum 400. Mal der Anschluss der Grafschaft Mark an Preussen, ein Ereignis, an das gleich mehrere lokale und überregionale Museen mit Ausstellungen erinnern. Unmittelbar verbunden mit diesen Projekten ist die Geschichte des Wiederaufbaus der Burg Altena, der vor 100 Jahren begann, und nicht zuletzt der 100. Geburtstag des Deutschen Jugendherbergs-

werks, dessen Keimzelle die Weltjugendherberge auf der Burg Altena ist. Im Vorblick auf das zu erwartende gesteigerte Interesse an der Benutzbarkeit des Thomée-Bestandes wurde deshalb im April 2006 mit einer fachgerechten Verzeichnung begonnen, die im Oktober 2007 ihren Abschluss fand.

Aus rund 50 Archivkartons konnten durch Ordnung und Komprimierung, aber auch Aussonderung des umfangreichen Bibliotheksbestandes, der als Sonderbestand in die Bestände der Landeskundlichen Bibliothek des Märkischen Kreises überführt wurde, 406 Archiveinheiten in 34 Kartons gebildet werden. Sieben Klassifikationspunkte wurden gebildet, um sowohl die zahlreichen privaten und dienstlichen Unterlagen als auch die Belege für Thomées Wirken rund um den Verein »Freunde der Burg e. V.« sowie seiner Vorgängervereine (»Verein für Orts- und Heimatkunde im Süderlande« und »Märkischer Burgverein«) zu gliedern.

Die unter Kunst- und Heimatkunde abgelegten Archivalien sind eine wichtige Quelle für die Genese der Sammlungen des heutigen Burgmuseums und dokumentieren darüber hinaus den Wiederaufbau der Burg Altena. Die vorliegende Überlieferung stammt überwiegend aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das älteste Stück datiert aus 1727, das jüngste aus 1962. Hieraus wird ersichtlich, dass sich in den ursprünglichen Nachlass Unterlagen aus dem Thomée'schen Familienarchiv wie auch aus dem Nachlass des Sohnes Fritz Thomée jun. »eingeschlichen« haben. Der Anteil der nach dem Tod des Landrats Ende 1944 beigefügten Archivalien ist jedoch äußerst gering und wurde daher nicht zur Bildung eines weiteren Nachlasses ausgesondert. Den Schwerpunkt bilden persönliche Unterlagen wie Fotoalben, Zeugnisse, Diplome, Ehrenurkunden, Orden und Ehrenzeichen aber auch umfangreiches Aktenmaterial zur Heimatpflege und Korrespondenzen mit Kunsthändlern sowie dienstliche Unterlagen. Darüber hinaus verdient der überwiegend aus dem ersten Weltkrieg stammende Feldpostbriefbestand besondere Beachtung, insbesondere die Korrespondenz, die Thomée, der aus Altersgründen nicht aktiver Kriegsteilnehmer war, mit Richard Schirrmann wechsel-

te. Der Gründer der Jugendherbergsbewegung und persönlicher Freund Thomées beschreibt darin nicht nur detailliert seine Erlebnisse mit Land und Leuten im Elsass, sondern schickte auch Fotos, die den brutalen Stellungskrieg geradezu idyllisch darstellen.

#### Zur Person Landrat Thomées

Fritz Thomée wurde am 24. Juli 1862 als viertes von sieben Kindern des Fabrikanten und Kommerzienrates Heinrich Thomée und seiner Frau Henriette geb. Thomée in Werdohl geboren. Die Eltern entstammten einem ursprünglich in Iserlohn beheimateten Kaufmanns- und Handwerker-geschlecht. Nach dem Abitur und einem mit der Doktorwürde absolvierten Studium der Rechtswissenschaften trat Thomée 1893 in den höheren Verwaltungsdienst ein. Vorübergehend unterstützte er beim Landratsamt des Kreises Iserlohn den erkrankten Landrat Ulrich Nauck, bevor er 1896 zur Regierung nach Arnberg wechselte. 1901 wurde ihm zunächst kommissarisch, 1902 dann endgültig die Verwaltung des Landratsamtes Altena als Landrat übertragen. Im Rahmen seiner nachfolgenden regen Tätigkeit wurden Talsperren errichtet, Verkehrswege verbessert, Land- und Forstwirtschaft gefördert und die kreiseigene Wohlfahrtspflege ausgebaut. Mit seinem Namen sind aber auch der Neubau eines Kreishauses, vor allem aber der Wiederaufbau der Burg Altena verbunden. 1906 ehelichte er seine langjährige Liebe Lily Herbers, Tochter des Kommerzienrates Heinrich Herbers aus Iserlohn. Das Paar blieb einander bis zu seinem in kurzen Abstand im Dezember 1944 erfolgten Tod innig verbunden. 1927 trat Landrat Thomée unter zahlreichen Ehrungen wie z. B. der Verleihung des Ehrenbürgerbriefes seiner Heimatgemeinde Werdohl in den verdienten Ruhestand. Bis zuletzt blieb er der Heimatpflege als Vorsitzender des von ihm gegründeten »Märkischen Burgvereins« und des »Vereins für Orts- und Heimkunde im Süderlande« (dem Vorläufer der heutigen »Freunde der Burg Altena«) verbunden. Den Fortbestand seines Lebenswerks, die Burg Altena, sicherte er 1942 mit Überführung der Burg und ihrer Sammlungen in den Besitz des Landkreises Altena.

*Christiane Todrowski*

## Neues Personenstandsrecht zum 1. Januar 2009

Mit der Veröffentlichung am 23. Februar 2007 ist das neue Personenstandsrechtsreformgesetz (PStRG) in Kraft getreten. Dieses Gesetz bringt z. T. gravierende Veränderungen, die auch die Archive betreffen. Der Artikel 1 dieses Gesetzes beschreibt in 78 Paragraphen das neue Personenstandsrecht, während die folgenden Artikel die Auswirkungen dieser Änderungen auf andere Rechtsgebiete regeln.

Kernanliegen des Gesetzes ist die Vereinfachung und Modernisierung des Personenstandswesens. Erreicht wird dies beispielsweise durch eine Umstellung des bisherigen schriftlichen papiernen Verfahrens auf ein elektronisches Verfahren. Bis spätestens 2014 soll dann jedes Standesamt die Personenstandsregister und die Sicherungsregister elektronisch führen und damit die bisherigen Personenstandsbücher ersetzen.

Eine weitere gravierende Veränderung ist die Veränderung der Rechtsqualität der Personenstandsunterlagen. Bisher hatten die Personenstandsregister auf Grund der Möglichkeit der Fortführung dauerhaft eine eigene Rechtsqualität und konnten deswegen auch nicht Archivgut werden. Deswegen war die Benutzung nach dem Archivrecht nicht möglich. Der alte § 61 PSTG gab nur einen engen Spielraum für die Benutzung der Personenstandsregister. Auskünfte durften nur an Personen erteilt werden, auf die sich der Eintrag bezog, oder an deren Ehegatten, Vorfahren oder Abkömmlingen. Andere Personen mussten geltend machen, um diese Register benutzen zu können. Gerade für die Familienforscher war diese Einengung unzumutbar, auch wissenschaftliche Benutzung war kaum möglich.

Mit dem neuen Recht werden nun gleitende Sperrfristen eingeführt. Nunmehr sind Geburtsregister 110 Jahre, Ehe- und Lebenspartnerschaftsregister 80 Jahre, und Sterberegister noch 30 Jahre lang fortzuführen. Danach werden sie geschlossen und Archivgut. Nach Ablauf der o. g. Fristen sind die Personenstandsregister, Sicherungsregister und Sammelakten nach den jeweiligen archivrechtlichen Vorschriften

den zuständigen öffentlichen Archiven anzubieten.

Zudem gilt dann für deren Benutzung das Archivrecht. Damit gibt es wieder ein vergleichbares Recht für Personenstandsregister und Kirchenbücher. Denn die westfälische Landeskirche hatte z. B. bereits 2002 eine gleitende Sperrfrist für ihre Kirchenbücher eingeführt. Allerdings differieren einzelne Fristen: So sind die Geburtsregister bei den Kirchen bereits nach 90 Jahren einzusehen. Die Familienforschung an Hand der Kirchenbücher war also bereits bei jüngeren Daten möglich.

Hier stellt sich allerdings die Frage, welches Archiv das zuständige Archiv für die Archivierung der Personenstandsunterlagen sein wird. Sind es die jeweiligen Kommunalarchive, da die Standesämter als kommunale Auftragsverwaltung in deren Regie durchgeführt wurden? Oder wird der Landesgesetzgeber hier eigene Regelungen treffen, die z. B. auch das Vorhandensein der Personenstandsarchive in Detmold und Brühl berücksichtigen? Eine salomonische Entscheidung bietet das Gesetz ja geradezu an, da es eine getrennte Lagerung der Erst- und Zweitregister vorsieht. Ganz gleich, wie sich das jeweilige dann zuständige Archiv zu diesem Übernahmeangebot verhält, besteht für die Register die Verpflichtung der dauernden Aufbewahrung, während die Sammelakten dann auch vernichtet werden können.

Diese Regelungen beziehen die bisher geführten Personenstandsbücher mit ein. Dies bedeutet, dass ab dem 1. Januar 2009 die Standesamtsunterlagen ab 1875, z. B. im Falle der Sterberegister bis 1978, auf einen Schlag Archivgut werden. Diese Lösung ist in Abstimmung mit den Archivverwaltungen des Bundes und der Länder erfolgt, die diese Lösung als überzeugend und gelungen werten. »Die Regelung der Aufbewahrung schaffe die rechtliche Voraussetzungen, um die Verwahrung der Personenstandsunterlagen, die bleibenden Wert besitzen, auf die öffentlichen Archive als den Teil der öffentlichen Verwaltung zu übertragen, der über die erforderlichen Kenntnisse und Mittel verfügt, um die Unterlagen auf Dauer zu erhalten; die Benutzung der Unterlagen könne ohne höheren Aufwand erfolgen, weil die betreffenden Archive

über eine entsprechende Infrastruktur verfügten«<sup>1</sup> (sic!) Man darf gespannt sein, ob den Einsparungen in den Standesämtern entsprechende Verbesserungen bei den Kommunalarchiven oder Personenstandsarchiven gegenüberstehen. Aber gerade für Archive kleiner Kommunen, insbesondere wenn sie nur nebenamtlich geführt werden, dürfte diese Aufgabenübertragung eine neue Herausforderung bedeuten. Dabei dürfte der zusätzliche Platzbedarf vielleicht eher ein geringeres Problem darstellen als die Sicherstellung der Benutzung bzw. die Erteilung entsprechender Auskünfte. Zwar bleibt die Verpflichtung zur Sicherung und dauernden Aufbewahrung der Personenstandsregister bei den Standesämtern, sofern die zuständigen Archive einer Übernahme nicht zustimmen sollten, aber diese Zersplitterung von Archivgut kann nicht im Interesse der Archive liegen.

Vor der Frage der Archivierung ist aber auch die Frage des Quellenwertes der Standesamtsunterlagen zu klären. Hier ergeben sich auch Veränderungen durch das neue Gesetz. So werden die Familienbücher, die zum 1. Januar 1958 in veränderter Form eingeführt wurden, wieder abgeschafft. Die Familienbücher sollten die Veränderungen in Bezug auf die Familie dokumentieren, die nach der Heirat stattgefunden haben, wie z. B. Erklärungen zur Namensführung. Nun sollen diese Daten mit einem großen Aufwand vom Wohnort zum Ort der Heirat zurückgeschickt werden und bei Bedarf in die Heiratsregister nachgetragen werden. Mit der Rückführung der Familienbücher an das Standesamt der Eheschließung scheinen die Familienbücher aber auch für die Archive nicht interessant zu sein. Eine andere Gewichtung könnten dagegen die so genannten »Sammelakten« bekommen. Da in den eigentlichen Registern nur noch die Kerndaten des Personenstandsfalles gespeichert werden, kommt diesen Akten nach Aussage der Gesetzesvorlage eine besondere Bedeutung zu. In der Tat sind auch heute schon die Sammelakten bei Recherchen zuweilen aussagekräftiger als die eigentliche Register. Insofern sollte hier noch einmal von archivischer Seite über-

prüft werden, inwieweit diese Sammelakten tatsächlich nach dreißig Jahren vernichtet werden können, wie es das neue Personenstandsrecht vorschlägt.

Weiter in der Zukunft liegen noch zu lösende Probleme, die auf Grund der elektronischen Erfassung und Speicherung entstehen. Diese sind auch abhängig davon, ob die elektronischen Register zentralisiert werden und nicht nur bei dem einzelnen Standesamt vorgehalten werden. Zudem ist mit diesem Gesetz auch die Möglichkeit geschaffen, bei Bedarf schon mit der Geburt persönliche Identifikationsnummern zu vergeben, die dann die betreffende Person ein Leben lang begleiten wird. Der gläserne Mensch als Schreckensvision wird damit ein Stück realer!

Wolfgang Günther

### Entwicklung des Projekts zur Massenentsäuerung nichtstaatlichen Schriftgutes in Westfalen-Lippe

Im Rahmen der Landesinitiative Substanzerhalt, die vom Land Nordrhein-Westfalen und den beiden Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe gemeinsam durchgeführt wird (vgl. hierzu den Kurzbericht in Heft 66 der »Archivpflege in Westfalen-Lippe«, S. 51 f.), sind im abgelaufenen Jahr im Landesteil Westfalen-Lippe die für einen reibungslosen Ablauf des Projektes notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen abgeschlossen worden. Dazu zählt einerseits der vollständige Ausbau der Unterzentren durch die Einrichtung des Unterzentrums Warendorf im Frühjahr 2007 sowie des Unterzentrums Bochum im Sommer 2007. In unmittelbarem Zusammenhang damit steht andererseits der Abschluss der zweckgebundenen Verausgabung von Investitionsmitteln, die das Land Nordrhein-Westfalen für den Betrieb des Bearbeitungszentrums beim LWL-Archivamt für Westfalen und der insgesamt zehn Unterzentren zur Verfügung gestellt hatte.

Von den knapp vierzig nichtstaatlichen Archiven, die für das Haushaltsjahr 2007 dem LWL-Archivamt für Westfalen eine Teilnahme an dem Entsäuerungsprojekt signalisiert hatten, haben letztlich vierunddrei-

<sup>1</sup> Drucksache 16/1831 des Deutschen Bundestages, S. 44

Big, darunter dreiunddreißig Kommunalarchive, eine Beteiligung realisieren können. Auch unter Berücksichtigung der weiter zu beobachtenden steigenden Resonanz bei den nichtstaatlichen Archiven kann somit schon zum jetzigen Zeitpunkt festgestellt werden, dass die Beteiligung bereits in der Anlaufphase der Landesinitiative über Erwarten positiv ist und dass das Projekt – wie auch von den Initiatoren vorgesehen – unabhängig von der jeweiligen Archivgröße in die Fläche ausstrahlt. So ist von Gemeindearchiven über Stadtarchive jeder Größenordnung bis hin zu Kreisarchiven das gesamte kommunalarchivische Spektrum vertreten. Allerdings ist bei den Beteiligten noch zu differenzieren zwischen denjenigen Archivträgern, die dem Problem des Papierzerfalls strategisch und mit langfristiger Planung gegenüberstehen und denjenigen, die sich – zumindest bislang – nur aufgrund der staatlichen Förderung an der Entsäuerung von unersetzlichem Kulturgut beteiligen. Im vierten Quartal 2007 haben zudem die ersten privaten Archiveigentümer ihre Beteiligung an der Landesinitiative erklärt.

Das Volumen der im Jahr 2007 für die nichtstaatlichen Archive in Westfalen-Lippe entsäuerten Archivalien liegt bei über 1.800.000 Blatt und damit um annähernd achtzig Prozent über dem eingeplanten Jahresumsatz von 1.050.000 Blatt. Diese im Grundsatz erfreulichen Zahlen ziehen jedoch auch ein beachtliches Problem nach sich. Die gewaltige Steigerungsrate, von der die nichtstaatlichen Archive über die 70 %-ige Landesbezuschung weit über Plan profitiert haben, hat natürlich auch Auswirkungen auf die Bypass-Bearbeitung. Die Einzelblattbearbeitung derjenigen Blätter, die für eine maschinelle Entsäuerung nicht geeignet sind, erstreckt sich entgegen der ursprünglich eingeplanten Bearbeitungszeiträume von etwa zwei Monaten um einen bis zu dreifach höheren Wert. Zur Lösung dieses Problems verfolgt das LWL-Archivamt für Westfalen zwei Ansätze: Zum einen hat die Staatskanzlei auf Antrag des Archivamtes einer Aufstockung der Fachrestauratorinnen-Stellen um eine halbe Stelle (19,25 Wochenstunden) zugestimmt. Zum anderen sollen in diesem Jahr tatsächlich nur die eingeplanten

1.050.000 Blatt nach dem Bückeburger Verfahren entsäuert werden. Weitere gegebenenfalls verfügbare Finanzmittel sollen dann für Entsäuerungsmaßnahmen nach Lösemittel-Tränkverfahren (nichtwässrige Flüssigphasenverfahren) Verwendung finden. Diese Massenkonservierungsverfahren bieten zwar keine festigende Nachleimung der Papiere, sind aber insbesondere für die Entsäuerung fadengehefteter und gelumbeckter Akten geeignet und verringern in Einzelfällen in nicht unerheblichem Maße die Bypass-Arbeiten.

Für das Haushaltsjahr 2008 haben annähernd fünfzig nichtstaatliche Archive in Westfalen-Lippe Haushaltsmittel für die Massenenstsäuerung beantragt bzw. bereitgestellt. Die Summe der dabei vorgesehenen Mittel übersteigt das Fördervolumen des gesamten Projektes für Nordrhein-Westfalen. Im LWL-Archivamt für Westfalen ist deshalb ein Verteilerschlüssel entworfen worden, der im Vergleich zum Vorjahr wegen der gestiegenen Teilnehmerzahl und der höheren Summe der angemeldeten Haushaltsmittel differenzierter ausgefallen ist. Betrag 2007 die Förderquote in Westfalen-Lippe grundsätzlich fünfzig Prozent, d. h. genau die Hälfte der von den nichtstaatlichen Archiven ursprünglich angemeldeten Mittel fand im Rahmen des Projektes Verwendung und konnte jeweils mit dem siebzigprozentigen Landeszuschuss für Entsäuerung gefördert werden, liegt die Förderquote in diesem Jahr in der Regel zwischen vierzig und dreiundachtzig Prozent. Ziel des gestuften Verteilerschlüssels ist es, allen Ansprüchen gerecht zu werden und die in begrenztem Umfang vorhandenen Projektmittel sinnvoll und nachhaltig zu vergeben.

Hö

### Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in der Kultur im Stadtarchiv Solingen

Seit dem Herbst 2003 ist das Stadtarchiv Solingen eine Einsatzstelle für das FSJ Kultur. Aktuell arbeitet gerade die siebte Freiwillige in unserer Einrichtung. Auch in den nächsten Jahren werden wir dieses Angebot aufrechterhalten. Da Kommunalarchive im Vergleich zu anderen Kul-

tureinrichtungen sich bisher nur ausnahmsweise als mögliche Einsatzstelle beworben haben, möchten wir im folgenden unsere Erfahrungen mit dem FSJ Kultur weitergeben.

Seit über vierzig Jahren können sich junge Menschen im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres engagieren. Was zunächst in sozialen Einrichtungen unter dem diakonischen Gedanken begann und sich später auf den ökologischen Bereich ausdehnte, ist seit 2001 auch in unterschiedlichen kulturellen Einrichtungen möglich. Gemäß den Absichten des Gesetzgebers wird das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur als Bildungs- und Orientierungsjahr verstanden. Ein Jahr lang können junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren freiwillig in kulturellen Einrichtungen, Initiativen und Projekten mitarbeiten und erhalten in 25 vom Träger organisierten Bildungstagen zahlreiche Impulse bei der Suche nach persönlichen und beruflichen Zukunftsperspektiven. Dabei werden Absolventen aller Schulformen angesprochen, die sich für unterschiedliche kulturelle Arbeitsfelder interessieren und qualifizieren wollen. Nicht nur Abiturienten, sondern ausdrücklich auch Schulabbrecher und Jugendliche mit Hauptschulabschluss sollen in das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur mit einbezogen werden.

Als Träger des FSJ Kultur in NRW fungierte ab 2001 die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ). Seit dem 1. September 2007 hat diese Aufgabe die LAG Arbeit Bildung Kultur NRW e.V. mit Sitz in Bochum übernommen. Die Jugendlichen bewerben sich in einem zentralen Vermittlungsverfahren beim Trägerverband für das Freiwillige Jahr.

In den letzten Jahren leisteten in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich 35 jugendliche Freiwillige ein kulturelles Jahr in unterschiedlichen Einrichtungen, z. B. in Theatern, Museen, Bibliotheken, Musikschulen, in Konzert- und Bürgerhäusern und soziokulturellen Zentren. Ab dem kommenden Jahr werden es mehr als 80 Einsatzstellen in NRW sein, geplant ist der Ausbau auf ca. 100 Plätze für das FSJ Kultur im Jahr 2010.

Einrichtungen, die sich dafür interessieren, als Einsatzstelle am FSJ Kultur teilzunehmen, müssen von dem für das jeweilige Bundesland zuständigen Träger anerkannt wer-

den. Hierzu benötigt der Träger ein entsprechendes Einsatzstellenprofil. Einsendeschluss ist der 31. Januar für einen Einstieg im September.

In einem Vertrag mit dem Träger verpflichtet sich die Einsatzstelle, das FSJ Kultur als Bildungsmaßnahme zu gestalten und dem Freiwilligen ein interessantes Einsatzgebiet zu bieten, das neben der Integration in die alltäglichen Arbeitsabläufe eigenen Gestaltungsraum lässt. Die Aufgaben von Freiwilligen im FSJ Kultur sind klar zu Tätigkeiten und Zuständigkeiten von hauptamtlichen Mitarbeiter/innen abzugrenzen, da das FSJ Kultur keinen Ersatz für einen Arbeitsplatz darstellt. Die Aufgabenfelder sind offen und veränderbar zu gestalten, damit sie die Partizipation der Freiwilligen ermöglichen und den jugendlichen Interessen und Wünschen hinsichtlich kulturell-künstlerischer Neigungen entsprochen werden kann. Darüber hinaus übernimmt die Einsatzstelle die kontinuierliche, zeitlich angemessene pädagogische und fachliche Begleitung des Freiwilligen während des FSJ Kultur und ermöglicht dem Freiwilligen die Realisation eines eigenen Projektes. Die Einsatzstelle fördern und fordern die Freiwilligen, ihre Fähigkeiten zu erweitern. Sie zertifizieren zum Abschluss des FSJ Kultur die Lern- und Arbeitserfahrungen sowie die erworbenen Schlüsselkompetenzen des Freiwilligen. Die jährlichen Kosten für die Einsatzstelle belaufen sich pro Freiwilligem auf ca. 6.000 Euro.

Das Interesse am FSJ Kultur ist so groß, dass sich pro Einsatzstelle etwa zehn interessierte Jugendliche bewerben. Knapp 90 % der Bewerber sind weiblich, die meisten Abiturientinnen. Sie wollen nach dem Ende der Schulzeit das freiwillige Jahr als Übergangs- und Orientierungsphase nutzen, häufig damit auch die Gelegenheit verbinden, vor einem möglichen Studium eine andere Stadt und eine eigene Wohnung ausprobieren zu können. Der Träger trifft eine Vorauswahl für die jeweilige Einsatzstelle, die Einrichtungen können dann aus der kleinen Zahl von Bewerbern den geeigneten Kandidaten auswählen.

Seit Ende der 1970er Jahre hatten wir im Stadtarchiv Solingen eine Zivildienststelle eingerichtet. Weil es in den letzten Jahren immer schwieriger geworden war, diese Stelle

auch zu besetzen, entschlossen wir uns 2003, eine Anerkennung als Einsatzstelle für das FSJ Kultur zu beantragen. In einem schnellen und problemlosen Verfahren wurden die notwendigen Rahmenbedingungen und Anforderungen des Trägers geklärt. In unserem Einsatzstellenprofil beschrieben wir die Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und (Schlüssel-)Kompetenzen, die ein Freiwilliger bei uns erwerben kann, mit »Arbeitsorganisation, selbständiges Arbeiten, Kennenlernen von Ordnungsprinzipien, Umgang mit PC, Umgang mit schriftlichen/audiovisuellen Geschichtsquellen, Umgang mit Menschen, Ausdrucksfähigkeit«. Als möglichen Einsatzbereich des Freiwilligen mit den wichtigsten Einzelaufgaben legten wir »handwerkliche Tätigkeiten in der Restaurierungswerkstatt, formalisierte PC-Eingaben, Einsatz im Benutzerdienst, selbständige Bestandserschließung oder Erarbeitung kleinerer Ausstellungen und Internetangebote« fest. Wir erwarten von einem Freiwilligen »Zuverlässigkeit, Sorgfalt, Verantwortungsbewusstsein, Teamfähigkeit« und bieten ihm »praktische Einblicke in alle Bereiche eines Kommunalarchivs bei weitest möglicher Berücksichtigung der Wünsche und Ziele der Freiwilligen«.

Wir begannen im Herbst 2003 unser FSJ Kultur mit zwei Freiwilligen. Eine der Freiwilligen kam aus einer benachbarten Stadt, die andere zog aus Süddeutschland nach Solingen. Beide hatten sich weder ausdrücklich für ein Archiv beworben, noch bestanden Ambitionen, in einem historisch-kulturellen Bereich später beruflich tätig sein zu wollen. Trotzdem – oder gerade deshalb – waren unsere Erfahrungen in diesem ersten Jahr überraschend positiv. Menschlich stellten die beiden Freiwilligen eine absolute Bereicherung unseres Teams dar, sie bewährten sich vor allem in einer schwierigen Phase des Hauses, als durch das Ausscheiden mehrerer Mitarbeiter Stellen monatelang nicht besetzt waren. Ohne ihre tatkräftige Mitarbeit wäre diese Zeit kaum so gut zu überstehen gewesen.

Besonders erwähnenswert ist das Projekt einer Freiwilligen aus diesem Jahr: Ihr eigener Migrationshintergrund veranlasste sie, einige lebensgeschichtliche Interviews mit italienischen »Gastarbeitern« aus Solin-

gen zu führen. Die Ergebnisse dieses Projekts wurden dann in der Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins Abt. Solingen auch veröffentlicht.

Leider setzten sich unsere erfreulichen Erfahrungen im zweiten FSJ Kultur-Jahr nicht fort. Das Verhältnis der beiden Freiwilligen untereinander gestaltete sich schwierig, ihre jeweiligen Fähigkeiten erforderten einen deutlich höheren pädagogischen Betreuungsaufwand. Der Nutzen für unser Haus hielt sich deshalb in diesem Jahr in Grenzen. Seit diesem Zeitpunkt haben wir nur noch einen Freiwilligen pro Jahr.

Wer sich für die Anerkennung als Einsatzstelle im FSJ Kultur entscheidet, muss bedenken, dass die Gewährleistung der pädagogischen Betreuung unter Umständen recht zeitintensiv sein kann. Vor allem für die selbständige Projektphase der Freiwilligen (ca. einen Monat) ist ein Mehraufwand an unterstützenden bzw. begleitenden Maßnahmen einzukalkulieren, der zusätzlich zu den üblichen Betreuungszeiten des laufenden Jahres hinzukommt. Erwähnt werden sollte auch noch, dass die Freiwilligen nicht nur einen Urlaubsanspruch von 26 Tagen besitzen, sondern im Freiwilligenjahr 25 Bildungstage unter Leitung des Trägers zu absolvieren haben.

Die Einsatzmöglichkeiten der Freiwilligen variieren je nach ihren individuellen Fähigkeiten und ihrer Motivation. Von keinem unserer bisherigen sieben FSJ'ler war das Archiv als Erstwunsch angegeben worden, keiner hatte besondere Beziehungen zur Geschichte und schon gar nicht zur Stadtgeschichte Solingens. Das Leistungsvermögen lag deshalb zwischen dem von Schülerpraktikanten und dem von Geschichtsstudenten im Praktikum. Der entscheidende Vorteil gegenüber Praktikanten liegt, wenn eine entsprechende Motivation vorhanden ist, in der einjährigen kontinuierlichen Tätigkeit. In der Regel gelang es uns, für die Freiwilligen Arbeitsbereiche und Aufgaben zu finden, die ihren individuellen Fähigkeiten und Wünschen entsprachen, aber auch für das Stadtarchiv Solingen von Nutzen waren. Mögen selbst die Freiwilligen vor ihrem FSJ Kultur bei uns Archive für staubig und langweilig gehalten haben, während ihres freiwilligen Einsatzes hat sich diese Bild grundlegend geändert: Al-

le Freiwilligen haben das Archiv als modernen Dienstleister kennen gelernt und wirken nachhaltig als Multiplikatoren dieses Images. Für uns als Kommunalarchiv stellt das FSJ Kultur eine sinnvolle Bereicherung nach Innen und Außen dar, dessen Potential noch lange nicht ausgeschöpft ist (besonders im Bereich Archivpädagogik sehen wir in Zukunft weitere Betätigungsmöglichkeiten für die Jugendlichen). So lange die Finanzierung sichergestellt ist, werden wir in Solingen weiterhin Einsatzstelle für das FSJ Kultur bleiben. In Solingen war das Stadtarchiv die erste Einsatzstelle im FSJ Kultur. In diesem Jahr bietet die Stadt Solingen sechs Einsatzstellen für Freiwillige in fast allen Kultureinrichtungen an.

Auch wenn nicht jedes Freiwilligenjahr ohne Schwierigkeiten zu bewältigen ist: Jedes Kommunalarchiv, dass die finanziellen Mittel beschafft bekommt (z. B. aus den städtischen Haushaltsmitteln für das allgemeine Freiwillige Soziale Jahr) und die pädagogische Betreuung personell gewährleisten kann, sollte über den Einsatz von Kultur-Freiwilligen nachdenken. Im nächsten Jahr dürfte die Anerkennung als Einsatzstelle noch vergleichsweise einfach möglich sein. Wenn die Zahl der 100 geplanten Einrichtungen in NRW einmal erreicht sein wird, dürfte es sich vielleicht schwieriger gestalten, als neue Einsatzstelle dazuzustoßen.

Nähere Informationen zum FSJ Kultur in NRW sind bei der LAG Arbeit Bildung Kultur NRW, Eislebener Str. 11, 44892 Bochum (Tel. 0234/286041) zu erhalten oder auf der Homepage [www.arbeit-bildung-kultur.de](http://www.arbeit-bildung-kultur.de) zu finden.

*Ralf Rogge / Kerstin Warncke*

### **Hugo Ernst Käufer stiftet seine Werke dem Stadtarchiv Bochum**

Der Bochumer Schriftsteller und Preisträger des Literaturpreises Ruhrgebiet Hugo Ernst Käufer hat die Sammlung seiner Veröffentlichungen dem Archiv seiner Heimatstadt gestiftet. Die insgesamt 177 Einzelstücke beginnen mit dem Werk »Poemes« aus dem Jahr 1952 und enden vorläufig mit zwei musikalischen Vertonungen, die vor wenigen Wochen erschienen sind.

Die Sammlung beinhaltet auch das handschriftliche Manuskript und die maschinenschriftliche Druckvorlage zu dem Bühnenstück »Sieben Gerechte oder Auschwitz der Ort das Tor der Abgrund«.

Käufer, Jahrgang 1927, lebt seit 1963 in Bochum. Er war Direktor der Stadtbücherei Gelsenkirchen, Mitbegründer der Literarischen Werkstatt Gelsenkirchen und des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt, ist Ehrenvorsitzender der Europäischen Autorenvereinigung »Die Kogge« sowie Vorstandsvorsitzender der Liselotte- und Walter-Rauner-Stiftung. 2002 erhielt er den Literaturpreis Ruhrgebiet.

Stadtarchiv – Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte  
Wittener Str. 47  
44789 Bochum  
Telefon: 0234/9109511  
Telefax: 0234/9109504  
[stadtarchiv@bochum.de](mailto:stadtarchiv@bochum.de)

*Quelle: Informationsdienst Ruhr*

### **Nachruf Hans-Wilhelm Bohrisch**

Am 21. Januar 2008 ist Hans-Wilhelm Bohrisch, geb. 03.05.1954, Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs und dort seit 1998 in leitender Funktion in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache tätig, überraschend verstorben. Der seit 1992 beim Stadtarchiv Dortmund beschäftigte Historiker hat mit großer Sachkunde und Ideenreichtum die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache mit der Dauerausstellung »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945« des Stadtarchivs inhaltlich und organisatorisch geleitet und der Gedenkstätte mit seinem Engagement einen festen Platz im Herzen und Gedächtnis der Stadt Dortmund gesichert. Als einzig hauptamtlich Beschäftigter in der Mahn- und Gedenkstätte hat Hans-Wilhelm Bohrisch mit seiner ausgezeichneten wissenschaftlichen und konzeptionellen Arbeit und mit seinem Organisationsgeschick dazu beigetragen, dass die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache zu einem Forum der Erinnerungsarbeit und einem viel besuchten Lernort für die jüngere Generation geworden ist. Er hatte die Fähigkeit, Aufklärungsarbeit über die NS-Geschichte und die

NS-Verbrechen vor Ort öffentlichkeitswirksam zu vermitteln und mit konzeptionellen Neuerungen und inhaltliche Ergänzungen überzeugende aktuelle Bezüge herzustellen. So konnte die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund mit der ständigen Ausstellung zum wichtigsten Thema unserer Zeitgeschichte seit 1992 breite Anerkennung als eines der Vorbilder für viele NS-Gedenkstätten in NRW und darüber hinaus erfahren. Die von ihm veranlassten und konzipierten Veranstaltungen, Vortragsprogramme, themenspezifischen Führungen durch die ständige Ausstellung sowie Durchführung von Schulprogrammen führten dazu, dass seit 1998 pro Jahr über 20.000 Personen die-



sen historisch-politischen Lernort besuchen; Tendenz steigend. Im Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen, der auf unterschiedlichen Ebenen für die Erinnerung an NS-Opfer und für die geschichtliche Auseinandersetzung mit dem NS-Regime steht, hat er sich stark engagiert.

In der sinnvollen Anbindung an das Stadtarchiv konnte durch die aktive Gedenkstättenarbeit vor Ort auch umfangreiches Archiv- und Dokumentationsmaterial zur Stadtgeschichte in der NS-Zeit in das Kernarchiv übernommen werden. Sein Wirken galt, neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, u. a. auch der engen und fruchtbaren Kooperation mit den vom NS-Regime Verfolgten, den NS-Verfolgtenverbänden, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, der Jüdischen Kultusgemeinde Groß-Dortmund und der Unterstützung

des seit 1980 bestehenden Kuratoriums zur ständigen Ausstellung »Widerstand und Verfolgung« unter Vorsitz des amtierenden Dortmunder Oberbürgermeisters. Damit hat er wesentlich beigetragen zu einem angemessenen, gleichwohl kritischen Umgang der Stadt mit ihrer NS-Vergangenheit und Gegenwart. In einer Stadt wie Dortmund, in der auch das monumentale Mahnmal in der Bittermark zu Ehren der Opfer des NS-Regimes stetiges Zeugnis ablegt von der Aufgabe, aus der Vergangenheit zu lernen, hat Hans-Wilhelm Bohrich dazu beigetragen, eine gesamtstädtische Kultur der historischen Erinnerung zu entwickeln. Darüber hinaus hat er sich im Stadtarchiv an verschiedenen archivwissenschaftlichen und stadtgeschichtlich wichtigen Projekten maßgeblich beteiligt. Eines davon war die wissenschaftliche Edition des vom Stadtarchiv übernommenen umfangreichen schriftlichen und fotografischen Nachlasses des ehemaligen Reichstagsabgeordneten und späteren Oberbürgermeisters Fritz Henßler (1886–1953), einer der wichtigsten Persönlichkeiten in der Nachkriegsgeschichte Dortmunds. Im Verlauf dieser jahrelangen, detaillierten, archivwissenschaftlichen und historischen Kärnerarbeit, mit der er sich in der ersten Phase seiner Beschäftigungszeit beim Stadtarchiv auseinander zu setzen hatte, machte er sich in großer persönlicher Bescheidenheit auch das Lebensmotto seines großen Vorbildes Fritz Henßler »Die Person immer ganz weit hinter der Sache« zu eigen. Die Stadt Dortmund, die Kulturbetriebe Dortmund, das Stadtarchiv Dortmund, die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache und der Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen trauern um einen wertvollen, von vielen Menschen in Dortmund und darüber hinaus geschätzten Mitarbeiter und Freund.

*Günther Högl*

## Nachruf Dr. Helmut Lahrkamp

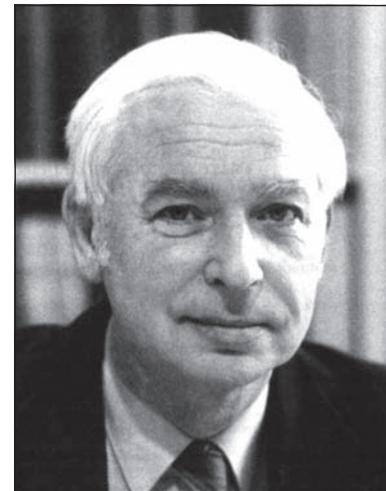
Am 22. Dezember 2007 starb kurz nach Vollendung des 85. Lebensjahres Helmut Lahrkamp, der langjährige Leiter des Stadtarchivs Münster. Helmut Lahrkamp leitete das Stadtarchiv vom November

1961 bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand im Dezember 1986.

Am 7. Dezember 1922 in Bonn geboren, besuchte er in Paderborn das Gymnasium Theodorianum und machte dort 1941 das Abitur. Unmittelbar danach wurde der 18jährige zur Wehrmacht eingezogen. Er musste am Russlandfeldzug teilnehmen und wurde im September 1944 schwer verwundet. Das Kriegsende erlebte er im Lazarett. Unmittelbar nach dem Krieg nahm Helmut Lahrkamp in Göttingen das Studium der Fächer Latein, Geschichte und Kunstgeschichte auf; seine Neigung zur Kunstgeschichte sollte er auch als Archivar niemals verlieren. Schon 1949 legte er eine Dissertationschrift über Fürstbischof Ferdinand von Fürstenberg vor; sein »Doktorvater« war Professor Dr. Anton Eitel. 1950 schloss er sein Studium mit dem Staatsexamen für das Höhere Lehramt ab, trat aber schon im Juni 1951 in den wissenschaftlichen Archivdienst des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Seine Ausbildungszeit absolvierte er am Staatsarchiv Detmold und von 1952 bis 1954 an der Archivschule Marburg. Im April 1954 wurde Helmut Lahrkamp als Staatsarchivassessor beim Staatsarchiv Münster angestellt, 1958 wechselte er als Staatsarchivrät an das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, wo er bis 1961 tätig war.

Im November 1961 kehrte Helmut Lahrkamp nach Münster zurück, um die Leitung des Stadtarchivs in der Nachfolge von Joseph Prinz zu übernehmen. Das Stadtarchiv war damals unter sehr beengten Verhältnissen im Krameramtshaus untergebracht. Mit der Stadtbücherei, dem Kulturdezernat und der städtischen Pressestelle bezog das Stadtarchiv 1953 drei Räume im Dachgeschoss (wie sich Helmut Lahrkamp noch 1982 erinnerte) und einen Teil des Kellers als Magazin in diesem wieder hergestellten Renaissancebau neben der Lambertikirche. Nach der Übernahme der Leitung war es Helmut Lahrkamps Bestreben, eine bessere und geräumigere Unterbringung für das Stadtarchiv zu gewinnen – und das sollte ihm auch gelingen. Noch während der Wiederherstellung der äußeren Hülle des Kapellenbaus des ehemaligen Lotharinger Klosters wurden die ursprünglichen Pläne der Aufnahme der Musikschule in den 1970er Jahren umgeändert.

1976 waren die Pläne, das Haus ausschließlich für Archivzwecke auszubauen, abgeschlossen. Die ehemalige Kapelle wurde vollständig unterkellert und erhielt eine moderne »Kompaktus«-Rollregalanlage. Im Obergeschoss wurde ein großer und heller Lesesaal unter einer hohen Barockdecke realisiert. Dahinter war ein geräumiges Zeitungsarchiv angeordnet. Im Erdgeschoss entstand neben einigen Büros eine Ausstellungsfläche in schönem Ambiente. 1978 konnte Helmut Lahrkamp mit seinem kleinen Mitarbeiterstab das Lotharinger Kloster beziehen. Immerhin 25 Jahre beherbergte der Schlaunbau das Stadtarchiv, in der Altstadt gelegen, einen Steinwurf vom Staatsarchiv Münster entfernt.



In den späten 1970er Jahren stieg das Interesse einer breiten Öffentlichkeit an Geschichte allgemein, an Stadtgeschichte im besonderen. Schulklassen entdeckten das Archiv als außerschulischen Lernort. Darauf wusste Helmut Lahrkamp zu reagieren, davon gleich mehr. Mit der zunehmenden Bedeutung des Archivs in der Geschichtsarbeit in der Stadt wuchsen auch die Aufgaben. Immer wies Helmut Lahrkamp darauf hin, dass das Stadtarchiv Münster für die Größe der Stadt und die Bedeutung und Aktivitäten des Archivs personell zu schwach ausgestattet sei. Die Schaffung einer zweiten wissenschaftlichen Archivarsstelle sollte ihm indes erst in Zusammenhang mit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst gelingen.

Dass das Stadtarchiv Münster sich in den letzten 25 Jahren mit seinen Aktivitäten zur historischen Bildungsarbeit einen Namen machen

konnte, geht auf erste Initiativen Helmut Lahrkamps zurück. Noch unter seiner Leitung fand 1983 eine Pädagogin zur Betreuung von Schülern und Schülerinnen bei ihrer Beschäftigung mit Stadtgeschichte und zur Erarbeitung von Themen für Schulen beim Stadtarchiv Anstellung. 1984/85 initiierte und organisierte das Stadtarchiv einen ersten kommunalen Geschichtswettbewerb. Lehrer aller Schulformen und in der konkreten Arbeit dann Schüler und Schülerinnen sollten so an den großen bundesweiten Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten herangeführt werden, was schließlich höchst erfolgreich gelang. Die Ergebnisse des ersten Wettbewerbes wurden in einer Ausstellung der Stadtöffentlichkeit präsentiert. 1978 startete unter der Mit-Herausgeberschaft von Helmut Lahrkamp die überaus erfolgreiche Reihe »Geschichte original – am Beispiel der Stadt Münster«. 22 Mappen mit reproduzierten Dokumenten, die mit Erläuterungen und einem Textheft ausgestattet sind, erschienen bis 1998, einige in mehreren Auflagen. Bis zum Erscheinen der letzten Ausgabe im Jahre 1998 gehörte Helmut Lahrkamp dem Herausgeberteam an.

Helmut Lahrkamps großes Verdienst liegt in der Forschung, insbesondere was seine eigene Forscherleistung betrifft, aber auch was die Förderung von Forschung anbelangt. Sein überregional verbreiteter wissenschaftlicher Ruf beruht zum einen auf den zahlreichen Quelleneditionen und grundlegenden Untersuchungen zur Stadtgeschichte, die er zum größten Teil in den »Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster«, der wissenschaftlichen Schriftenreihe des Stadtarchivs, publiziert hat. Diese Reihe, schon 1898 begründet, startete 1961

als Neue Folge. Schon der zweite Band der Neuen Folge wurde 1962 von Helmut Lahrkamp herausgegeben, er selbst leistete einen gewichtigen Beitrag in der Edition der relevanten Ratsprotokolleinträge zum großen Friedenskongress. Mit seinen eigenen Beiträgen und der Auswahl der Themen und Gegenstände wie der Autoren und Autorinnen führte er die Schriftenreihe zu neuer wissenschaftlicher Reputation. Zehn, teilweise voluminöse Bände der Reihe hat er in der Zeit seiner Herausgeberverantwortung auf den Weg gebracht.

Über die Stadtgeschichte hinaus galt sein historisches Interesse der westfälischen Landesgeschichte, der er ebenfalls grundlegende Editionen und Forschungsbeiträge gewidmet hat. Beginnend mit seiner Dissertationsschrift über den münsterischen Fürstbischof Ferdinand von Fürstenberg (1678–1683) von 1949, in erweiterter Form 1953 abgedruckt, hat er sich vielfach biographischen Studien zu bedeutenden Persönlichkeiten des 16. bis 20. Jahrhunderts zugewandt. Auch standen immer wieder der Dreißigjährige Krieg und der Westfälische Frieden im Mittelpunkt seiner Forschungen und Publikationen.

Auch nach seiner Pensionierung hat Helmut Lahrkamp in der gesamten Breite seiner Interessen weiter wichtige und viel beachtete Publikationen der Fachwelt vorgelegt. Zu nennen sind vor allem zwei Text- und Bildbände, die über die Fachwelt hinaus ein großes Lesepublikum erreicht haben: »30jähriger Krieg – Westfälischer Frieden. Eine Darstellung der Jahre 1618 bis 1648 mit 336 Bildern und Dokumenten, Münster 1997«; das Buch erlebte binnen zwei Jahren drei Auflagen und erzielte hohe Verkaufszahlen.

Zwei Jahre später erschien – quasi als Folgeband: »Unter dem Krummstab. Münster und das Münsterland nach dem Westfälischen Frieden bis zum Sturz Napoleons. Mit 326 Bildern und Dokumenten, Münster 1999«. Erwähnt werden sollte auch das seine großen Aktenpublikationen (in den »ACTA PACIS WESTPHALICAE«) ergänzende Buch »Münsters Rolle im Dreißigjährigen Krieg«, das in der Reihe »Kleine Schriften aus dem Stadtarchiv Münster« im Jubiläumsjahr des Westfälischen Friedens 1998 erschien. Überregionale, ja internationale Anerkennung haben darüber hinaus die biographischen Studien zu dem aus Münster stammenden bedeutenden Barockmaler Johan (Jan) Bockhorst gefunden, in denen er dessen kaum mehr bekanntes Œuvre durch ein detailliertes, auf Archivalien basierendes Werkverzeichnis rekonstruierte.

Der Liste der wissenschaftlichen Publikationen Helmut Lahrkamps umfasst über 100 Titel. Es war ihm vergönnt, bis ins hohe Alter zu forschen und zu publizieren. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst war er ein regelmäßiger Besucher im Lesesaal des Stadtarchivs, um Quellenbefunde zu überprüfen oder neue Literatur zu Rate zu ziehen. Mit ungewöhnlicher Aufmerksamkeit behielt er die Forschungsszene im Blick. Grundsätzlich von zurückhaltender Art war er doch immer bereit, andere an seinem breiten und fundierten Wissen teilhaben zu lassen. Dem Stadtarchiv gab er immer wieder Hinweise, wenn überlieferungsgeschichtlich bedeutsame Dokumente, die für Münster oder das Münsterland wichtig sein konnten, auftauchten.

Die Stadt Münster ist Helmut Lahrkamp zu großem Dank verpflichtet.

*Hannes Lambacher*